

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2024 der Gemeinde Ostbevern

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats der Gemeinde
Ostbevern,

dem Grunde nach könnten wir es kurz und knapp machen. Eine um knapp 1 Millionen Euro höhere Umlage an den Kreis Warendorf und in 2023 wegbrechende Gewerbesteuern um ca. 5 Millionen Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis 2022 bedeuten allein schon rechnerische Mehrbelastungen, die wir 2024 im laufenden Haushalt durch Einsparungen nicht mehr kompensieren können. Die Kreisumlage, im letzten Jahr bereits um 600 TEuro gegenüber dem Vorjahr gestiegen, im Jahr davor ebenfalls um 660 TEuro gestiegen, ist mit ca. 10 Mio. Euro und damit etwa 39 % der ordentlichen Aufwände auch in diesem Jahr eine der relevantesten Aufwandsgrößen im kommunalen Haushalt und bindet uns noch bevor wir überhaupt Überlegungen anstellen können, wie wir mit verfügbaren Erträgen umgehen können. Ohne jede weitere Korrektur, die wir im Rahmen einer bei uns als „Giftliste“ bezeichneten Korrektur der Mittelanmeldungen im Ertrags- und Aufwandsbereich eingepreist haben, lägen wir mit unserem Haushalt 2024 weit jenseits eines nach alter Regel

genehmigungsfähigen Haushalts. Ein vor Korrektur sich ergebendes Defizit im Ergebnisplan von etwa 4,68 Mio. Euro bedeutet nicht nur eine mehr als Vervielfachung des im Haushaltsplan 2023 eingeplanten Defizits. Gleiches würde auch für die mittelfristige Haushaltsplanung gelten (3,36 Mio. Euro in 2025, 4,73 Mio. Euro in 2026 und 4,25 Mio. Euro in 2027). Auf die Korrekturen, die im Nachgang der bereits mit den Mittelanmeldungen der Fachbereiche berücksichtigten massiver Sparbeiträge der Fachbereiche eingearbeitet wurden, gehe ich an späterer Stelle noch ein.

Nun ändert das Land die Regeln und schon müssen wir uns um eine Haushaltssicherung keine Gedanken mehr machen? Da sind große Zweifel angebracht! Die geplanten Gesetzesänderungen geben nur scheinbar eine Sicherheit. Ich bin sehr gespannt, wie die Beratungen zum Gesetzentwurf, der von der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung eingebracht wurde, verlaufen werden. Schwerpunkte des Entwurfs sind Veränderungen der Rechtsregime für den Haushaltsausgleich und das Haushaltssicherungskonzept. Ich frage mich dabei, ob derartige Haushaltstricks tatsächlich eine Lösung des Problems bedeuten. Mein Fazit: Ganz sicher nicht! Nicht neue lasche Regeln, die wie zufällig einen Zeitraum bis nach der Kommunalwahl in 2025 berücksichtigen, sind die Lösung. Es muss Geld fließen, damit wir Kommunen die von uns erwarteten Aufgaben erfüllen können. Es

müssen Lasten genommen werden, die uns aufgetragen werden, obwohl der rechtliche Anspruch an anderer Stelle erfüllt werden muss oder begründet wird. Es muss Klarheit darüber geschaffen werden, dass Ziele auch und vor allem bei den Pflichtaufgaben nicht erfüllt werden können, wenn den Kommunen hierfür keine finanziellen Spielräume eingeräumt werden. Wenn dieses Geld eingefordert wird, ist das keine Bittstellung, das ist ein rechtlicher Anspruch gegenüber dem Bund und dem Land NRW!

Ich könnte an dieser Stelle viele Beispiele nennen, in denen wir fast kalt lächelnd von Bund und Land mit Aufgaben und Ausgaben überhäuft werden, ohne uns am Ende wirklich dagegen wehren zu können. Dieser Haushaltsentwurf wimmelt nur so davon. Ich will mich an dieser Stelle nicht wiederholen, schauen Sie einfach in meine Haushaltsrede des vergangenen Jahres. Die dort aufgeführten Beispiele gelten noch heute und es sind weitere hinzugekommen.

So sehe ich mich aktuell mit Forderungen der Katholischen Kirchengemeinde ausgesetzt, für die Betreuung von Kindern in deren Kindertagesstätten eine Vereinbarung zu unterschreiben, in Gänze nicht näher bekannte Fehlbeträge des laufenden und der kommenden Kindergartenjahre zu übernehmen. Die gleiche Forderung wird dem Vernehmen nach an alle 116 Städte und Gemeinden im Bistum Münster herangetragen. Das Bistum findet

beim Land kein Gehör, dann versucht man es eben mal ganz unten. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Die grundsätzliche Forderung der Träger von Kindertageseinrichtungen auf auskömmliche Finanzierung ihrer Einrichtungen ist richtig! Auch ich, auch wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises Warendorf haben uns mit einem Brandbrief direkt an die Ministerin gewendet und auf die unselige Situation des völlig unzureichenden Kinderbildungsgesetzes hingewiesen. Eine Antwort dazu steht aus. Man darf gespannt sein auf eine ausstehende Reform des KIBIZ. Dem Vernehmen nach ist aber wohl mit einer echten finanziellen Hilfe für die Träger nicht zu rechnen, und dass diese dann die Geduld verlieren, ist verständlich. Dass nun aber die finanziellen Ansprüche an die Kommunen mit Nachdruck gerichtet werden, da diese sich wohl nicht dagegen wehren könnten, geht auch hier an der Sache vorbei. Wir, die Kommunen sind der falsche Ansprechpartner und Adressat für diese Kritik und diese Forderungen, sitzen im gleichen Boot und es fehlt an der Rechtgrundlage, eine Systemumkehr der Finanzierung, der einer Fehlbetragsübernahme am KIBIZ vorbei umzusetzen. Daher habe ich hierfür im Entwurf keine Haushaltsmittel vorgesehen. Es ist weder zu empfehlen noch angebracht noch m. E. erlaubt, hierzu Beschlüsse in der Gemeinde zu treffen. Und dies auch unabhängig davon, dass ein solcher Beschluss sofort die Forderungen anderer Träger nach sich ziehen würde, die im Rahmen der Gleichbehandlung dann ebenfalls nicht abgelehnt werden dürften.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass alle Fachbereiche meiner Verwaltung bereits mit ihren Mittelanmeldungen bei Einsparungen und Prognosen an das äußerste des vertretbaren herangetreten sind.

Und dennoch war es nicht genug. Mein Ziel und das des Kämmerers war es, ihnen einen Haushalt vorlegen zu können, der zumindest nach alter Regel der Kunst den Anspruch erfüllt, an einem Haushaltssicherungskonzept vorbei zu kommen.

Ihnen liegt nun ein Haushalt vor, der noch einmal mit erheblichen, zum Teil bis ins Mark treffenden Einsparungen zahlenmäßig dieses Ziel erreicht. Aber zu welchem Preis? Und warum mache ich das mit der Einbringung dieses Haushalts deutlich? Ich zeige Ihnen mit diesem Haushalt auf, was es bedeutet, mit diesen von außen drängenden strukturellen Schwächen unseres Haushaltswesens umzugehen. Sie finden die hieraus entstandene „Giftliste“ in den Zahlen des Haushalts an vielen Stellen auch kommentiert wieder. Im Vorbericht sind Ihnen die Positionen für die Produkte aufgeführt. Und Sie, wir alle sind nun in der Pflicht, den Weg zu finden, wie wir mit dieser Liste umgehen. Sicher, wir könnten sie vollständig ignorieren, niemand im Land wird uns vermutlich zur

Verantwortung ziehen. Aber die Frage bleibt dann im Raum, wie wir mit der zusätzlichen Verschuldung und den Liquiditätsengpässen und notwendigen Kassenkrediten dann umgehen. Noch steht die Forderung im Gesetzentwurf, eingeräumte Kassenkredite spätestens im dritten Jahr wieder zurückzuzahlen. Das würde allein schon rechnerisch in der mittelfristigen Finanzplanung scheitern.

Es werden also für uns alle Haushaltberatungen, die uns in besonderer Weise fordern werden. Ich sehe mich schon jetzt ihren Forderungen gegenüber, dass die jeweiligen politischen Ziele der Fraktionen sich nicht mehr wiederfinden. Sei es auf der einen Seite politische Zielvorstellungen für Klima- und Umweltschutz, auf der anderen Seite die Vermeidung von Steuererhöhungen. Ich verfüge nicht über das Instrument, über Umlageerhöhungen von Mitgliedskommunen einfach mehr Geld in die Kassen zu spülen und meinen Stellenplan mit unzähligen Stellen weiter aufzufüllen. Leider lässt nach meinem Vernehmen der Kreistag auch in diesem Jahr offensichtlich alle Mahnungen und Anträge an sich abprallen, die Kreisumlage zur Entlastung der Kommunen noch einmal deutlicher zu senken. Leider ist mit Hilfe von Bund und Land – wie ich bereits ausgeführt habe – nicht zu rechnen. Daher habe ich mich für diesen drastischen Schritt entschieden, um auch Ihnen und den Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen, in welcher Misere wir real existierend stecken.

Wie gehen wir nun mit dem Zahlenwerk um. Ich schlage Ihnen vor, dass wir uns mit diesen einzelnen Positionen einzeln befassen und sie so Stück für Stück beschließen oder Positionen wieder zurück in den Plan holen. Wir erkennen dann sofort die Auswirkung, wenn zusätzliche Aufwände nicht an anderer Stelle kompensiert werden. Verzicht auf Einnahmen bedeutet ein höheres Defizit! Zusätzliche Aufwände bedeuten ein höheres Defizit! Ich schlage Ihnen dazu nicht nur die Beratungen in den Fachausschüssen vor, sondern einen gemeinsamen Workshop, den wir gerne am Samstag 20.01.2024 von 9 bis 15 Uhr hier im Bever-Forum stattfinden lassen können.

Einige Kenngrößen und Fakten dieses Haushalts:

1. Die allgemeine Kreisumlage und jene für die Mehrbelastungen des Jugendamtes strapazieren den Haushalt mit ca. 10 Mio. Euro, etwa 1 Mio € mehr gegenüber dem Vorjahr und damit mit aktuell etwa 39 % im Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen.
2. Der Haushaltsplanentwurf schließt mit einem Defizit im Ertragshaushalt unter Berücksichtigung der „Giftliste“ in Höhe von etwa 1,8 Mio. Euro ab. Hierbei ist ein globaler Minderaufwand in Höhe von 715 T€ mit eingepreist.

Das Defizit entwickelt sich in der mittelfristigen Finanzplanung auf etwa 1,6 Mio €. An einer Haushaltssicherung nach alter Lesart würden wir damit knapp vorbeigekommen.

3. Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle steht uns nach alledem, was wir heute einschätzen können, nicht mehr als Rettungsanker zur Verfügung. Wir planen in diesem Jahr mit 5,4 Mio. Euro Einnahmen. Berücksichtigt wurde eine Erhöhung des Hebesatzes auf 475 v.H. (Vorjahr 418 v.H.).
4. Auch die anderen Steuerarten bedürfen einer Anpassung. Die Grundsteuer A wird den Umständen geschuldet von 254 auf den fiktiven Hebesatz 259 v.H. erhöht, die Grundsteuer B von 493 auf 550 v.H. erhöht.

Die Projekte in diesem Haushalt:

- Die „neue Mitte für Ostbevern“ – der Prozess läuft und sie finden ihn auch im Haushalt wieder.
- Die für die Schulentwicklung notwendigen Investitionen sind mitgeplant. Kurzfristige Maßnahmen werden umgesetzt. Mittelfristige Maßnahmen befinden sich in der Planung. Wir sind es unseren Eltern und Kindern und dem Lehrkörper schuldig, hier nicht nachzulassen. Das wird aber vor dem Hintergrund der baurechtlichen Einschränkungen zumindest für die Franz-von-Assisi-Schule alles andere als einfach. Antworten für umzusetzende OGS Ansprüche gibt es vom Land

immer noch nicht. Was sollen wir also planen? Wir benötigen endlich Antworten dazu!

- Haushaltsmittel für den weiteren Prozess im Gewerbegebiet West sind eingeplant. Die rechtlichen Unsicherheiten für ein Bebauungsplanverfahren sind bislang nicht ausgeräumt. Bis dahin kann das weitere Verfahren nicht durchgeführt werden.
- Die Gemeinde hat seine Stellungnahmen für das Beteiligungsverfahren des Regionalplanes abgegeben. Insbesondere der Blick auf eine neu entstehende Potentialfläche für eine regenerative Energiegewinnung ist dabei ein Zeichen der Zukunftsfähigkeit für die Gemeinde.
- Das Projekt zur Realisierung eines Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Brock hat entscheidende Weichenstellungen erfahren. Nach erfolgten Abstimmungen mit der Landesplanung und dem Kreis Warendorf können wir an anderer Stelle im Ortsteil Brock in die weiteren Prüfungen einsteigen. Nach Klärung der Flächenverfügbarkeit werden die für die Planverfahren erforderlichen Gutachten zeitnah beauftragt. Die Gespräche mit Flächeneigentümern sind auf gutem Weg und es gibt einen Plan, wie über Planungsrecht der Flächennutzungsplan und Bebauungsplan in die Tat umgesetzt werden können. Planungen eines funktionalen Feuerwehrgerätehauses auf der Grundlage des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses im März dieses Jahrs sind beauftragt und wir erwarten, dass wir im Schulterschluss mit den Feuerwehrkameradinnen und –kameraden eine gute und

realisierbare Lösung vorschlagen können werden. Das Jahr 2024 wird uns zu alledem Aufschlüsse geben.

- Klima- und Umweltschutz findet sich trotz allem an vielen Stellen im Haushalt wieder. Aber auch hier finden sich vor allem bei pauschalen Ansätzen Korrekturen wieder. Die Aufgaben der vakanten Stelle eines Klimaschutz-, Mobilitäts- und Nachhaltigkeitsmanagers sind projektbezogen in der Verwaltung aufgeteilt worden. Das läuft gut! Die strukturellen Veränderungen im Zusammenhang mit der Neubesetzung der Fachbereichsleitungen zeigen erste Wirkungen. Ich werde hierzu noch Vorschläge unterbreiten und ihnen erläutern, wie es weitergeht. Dann werden wir uns über den Stellenplan unterhalten.
- Der Rat hat ein Bekenntnis zu unserem Beverbad abgegeben. Die Gesellschafter der BBO haben den Prozess aufgenommen, sich zukunftsweisend dem Bad zuzuwenden, mit realistischem Blick und konzeptionell. Dies fließt in den Wirtschaftsplan der BBO ein und somit auch in die Defizitabdeckung durch den gemeindlichen Haushalt. Wir erarbeiten ein Sanierungskonzept und haben entsprechende Aufträge an Planer erteilt. Nun widmen wir uns aber zunächst der Planung der Nahwärmeversorgung für den Bereich der neuen Mitte. Hier kann und wird die BBO nach aktuellem Stand eine wichtige Rolle einnehmen können. Dazu ist voraussichtlich die Heizungs- und Speichertechnik im Keller des Bades zu ertüchtigen.

Aber auch für das Beverbad finden Sie pauschale Kürzungen für die Unterstützung einer Defizitabdeckung des Wirtschaftsplans wieder. Damit gilt es sich ebenfalls zu befassen.

- Die Aufgaben der kommunalen Wärmeplanung gehen im Schulterschluss mit Telgte und vor dem Hintergrund einer Förderung in die nächste Runde.
- Sie haben heute den weiteren Weg freigemacht, sich mit dem wichtigen Thema des sozialen und bezahlbaren Wohnraumes in einem interkommunalen Modell weiter befassen zu können. Auch wenn einigen hier im Raume dies sehr schwer gefallen ist, schließe ich mich den Einschätzungen anderer Räte an: dieser Weg ist alternativlos! Daher danke ich Ihnen sehr, dass sie mir und uns diesen Weg nicht versperrt haben.

Weitere Kernaussagen zum Haushalt entnehmen Sie bitte dem Vorbericht. Ich möchte abschließend folgendes Signal senden. Bei all dem, was uns belastend und bedrückend im Wege steht: Lassen Sie uns gemeinsam mit vereinten Kräften konstruktiv zielgerichtet diesen Prozess der Haushaltsplanung angehen. Gerade in solch schwierigen Zeiten, in denen wir uns befinden und was in diesem Haushalt deutlich abzulesen ist, wird es darauf ankommen.

Für die Vorlage dieses Haushaltsentwurfes geht mein Dank an unseren Kämmerer Dr. Michael König und sein Team.

Selbstverständlich an das gesamte Team in der Verwaltung Ostbevern, denen auch in diesem Jahr und zunehmend einiges auf dem Weg zum Zahlenwerk abgerungen wurde.

Mit diesen Worten übergebe ich Ihnen den Entwurf für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen in, da bin ich mir sicher, guter und konstruktiver Motivation!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gez.

Karl Piochowiak

Bürgermeister